# Herforder Zeitung

**Bezugs-Preis 5.40 Mark** vierteljährlich. Bei Postbezug 5.40 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt und Land

Druck und Verlag Fr. Kuhle Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 und 151 Postscheckkonto Nr. 5796 Scheckamt Hannover

**Anzeigenpreis 20 Pfennig** die 1spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford — Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

**Nr. 64** — Herford, Dienstag, den 16. März 1920 — 30. Jahrgang


# Hindenburg gegen den reaktionären Gewaltstreich.

**Der Feldmarschall für Recht, Gesetz und Freiheit — Militärische Maßnahmen der Entente gegen Deutschland? — Verständigungsversuche.**

**dd. Hannover, 16. März. (Eigene Drahtmeldung.) Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat an die Regierung Kapp zu Händen des Generals v. Lüttwitz ein Telegramm gerichtet, in dem er die Berliner Stellen eindringlich ersucht, die Truppen aus Berlin zurückzuziehen und den verfassungsmäßigen Zustand wieder herzustellen. Gleichzeitig hat der Generalfeldmarschall sich an den Reichspräsidenten Ebert gewandt, ihm von dem Telegramm nach Berlin Mitteilung gemacht und ihn gebeten, in der Frage der Neuwahlen zur Nationalversammlung nachzugeben.**

Hindenburg hat sich zum zweitenmal als der getreue Eckhard seines Volkes erwiesen. Laut und vernehmlich erhebt der Generalfeldmarschall, der unser Vaterland schon einmal gerettet hat, in tiefster Not erneut seine Stimme. Klar und einwandfrei tritt er ein für die Verfassung, ohne Einschränkung fordert er die reaktionären „Machthaber" in Berlin auf, sich zurückzuziehen, um der allein gesetzmäßigen Regierung Platz zu machen. Jetzt zeigt sich der seltene Mann erst in seiner ganzen Größe. Unvergleichlich steht er da. Er, der alte Soldat, erkennt den Wahnwitz des militärischen Putsches und setzt sich mit dem Gewicht seiner übermenschlichen Persönlichkeit für Recht, Gesetz und Freiheit ein.

Hindenburg kann durch diesen seinen Schritt zum zweitenmal Retter des Vaterlandes werden, wenn die Verblendeten in Berlin noch fähig sind, vernünftigen Ratschlägen zu folgen. Zum Retter des Vaterlandes! Denn es steht nicht gut aus bei uns. Der Generalstreik hat fast überall eingesetzt. Der Eisenbahnverkehr stockt. Schon erkennt jeder, was die Lahmlegung des Wirtschaftslebens bedeutet. Noch wenige Tage und das Chaos ist vollständig. Dann ists vorbei mit Deutschland und dem deutschen Volk. Darum muß jeder Volks- und Vaterlandsfreund sich auch jetzt hinter Hindenburg stellen, genau wie wir in schwerer Kriegsnot ihm gefolgt sind.

## Aufruf!

Ich wende mich entschieden gegen jeden Rechts- und Links-Radikalismus; zur Ergänzung der nach links ausschlagenden Presse-Verbote der Reichs-Regierung untersage ich für meinen Wehrkreisbezirk auch die „Deutsche Zeitung"; ihre Vergangenheit bürgt mir nicht für eine maßvolle Haltung, wie sie die Stunde gebieterisch verlangt. Die Errungenschaften der bisherigen Gesetzgebung, sowie die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung garantiere ich; auch übernehme ich die volle Garantie für die Erhaltung der Volksrechte und der republikanischen Staatsform. Meine Garantie wird um so schwerer wiegen, je einmütiger der mir anvertraute Westen in dieser schicksalsschweren Zeit hinter mir steht, denn hier im Westen schlägt das Herz Deutschlands, und also werde ich mit dem mir anvertrauten Pfand meine Garantie durchzusetzen wissen. Der Herr Reichskommissar Severing arbeitet dankenswerterweise im Dienste und Geiste der von mir gegebenen Garantien weiter mit an der Ueberwindung der Krisis, in die unser teures Vaterland geraten ist. Vertrauen um Vertrauen: Auf zum gemeinsamen Wirken für Ordnung, Freiheit und Arbeit.

Der Befehlshaber des Wehrkreises VI
Freiherr von Watter,
Generalleutnant.

## An die Bevölkerung in Herford Stadt und Land.

Die gesamte Arbeiterschaft hat gegenüber dem reaktionären Putsch in Berlin zu dem Mittel des Generalstreiks gegriffen, um die nationalistischen Tollhäusler zur Vernunft zu bringen. Soll dieser für die Existenz des deutschen Volkes wichtige Kampf erfolgreich sein, so ist es notwendig, daß einheitlich und geschlossen gehandelt wird.

Die Arbeit in den lebenswichtigen Betrieben (Lebensmittel-, Milchversorgung, Wasser, Licht, Gas usw.) muß fortgesetzt werden. Alle Parolen, die nach dieser Richtung hin eine Veränderung bringen sollten, werden immer nur von dem unterzeichneten Aktionsausschuß ausgegeben.

Arbeiter! Bürger! Haltet die Straßen frei, geht zu Hause ruhig Eurer Beschäftigung nach. Nützt die Zeit, um Euch sozial und politisch zu bilden.

Jedes Lärmen auf den Straßen, öffentlichen Plätzen und Lokalen ist zu vermeiden. Rücksichtslos wird gegen Plünderungen und Gewalttätigkeiten vorgegangen.

Das freiheitlich gesinnte Bürgertum und die Beamtenschaft in ihrer erdrückenden Mehrheit steht hinter dem Generalstreik, der als Mittel angewandt wird, um eine wahnsinnig gewordene Gesellschaft abzutun. Die Unterstützung aller vernünftigen Elemente ist uns sicher, wenn, wie es bisher immer hier gewesen ist, Disziplin gewahrt und die Ruhe und Ordnung, die die Grundlage der Freiheit der Staatsbürger bilden, nicht gefährdet wird. Die Vertrauensleute der Arbeiterschaft und Angestellten in Werkstatt, Fabrik, auf den Bauten und in den Bureaus bilden den erweiterten Aktionsausschuß für die Durchführung des Generalstreiks. Sie haben sich jeden Vormittag 10 Uhr bei Hillert einzufinden unter Mitbringung eines Ausweises.

Der engere Aktionsausschuß setzt sich zusammen aus den Leitungen der beiden sozialistischen Parteien und den Vertretern sämtlicher Gewerkschaften. Er wird unter seinem Namen alle Parolen herausgeben, die in jedem Falle durchzuführen sind.

Arbeiter! Bürger! Das nächste Ziel des politischen Generalstreiks ist die Beseitigung einer reaktionären Gesellschaft, die sich unter Bruch der Verfassung gebildet hat. In Deutschland gilt es, die Garantien zu schaffen für eine Entwicklung im freiheitlichsten Sinne auf sozialem und politischem Gebiete.

Zur allgemeinen Information teilen wir noch mit, daß die Reichswehr im 6. Wehrbezirk auf dem Boden der demokratisch-republikanischen Verfassung stehen geblieben ist.

Der Aktionsausschuß.

Schlüter. Kley. Schmidt. Grimmer. Niemeyer. Labjuhn.

*

An die Angestellten von Herford.

In der am 15. März 1920 unter dem Vorsitz des Herrn Gewerkschaftssekretär Lottmann stattgehabten außerordentlichen Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände wurde beschlossen, zur Unterstützung der verfassungsmäßigen Regierung ebenfalls in den Generalstreik einzutreten.

Die Angestellten werden deshalb aufgefordert, ihre Tätigkeit (abgesehen von den lebenswichtigen Betrieben) sofort einzustellen.

Vor allen Dingen wird ersucht, daß alle Angestellte darauf hinwirken, daß die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten wird.

Die Arbeitsgemeinschaft.

## Frankreich erkennt nur die Regierung Ebert-Bauer an.

Zusammentritt der Nationalversammlung.

dd. Stuttgart, 16. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Nationalversammlung wird am Mittwoch zu der neuen Lage Stellung nehmen und Beschlüsse fassen, die dem Lande die Ruhe und Ordnung zurückgeben sollen. Sie wird gegen die Personen, die sich gegen die Verfassung und gegen die Regierung erhoben haben, mit rücksichtsloser Strenge vorgehen. Sie weiß, daß die Lage der Putschisten immer schwächer wird und daß es sich um ein Abenteuer von kurzer Dauer handelt. Reichskanzler Bauer äußerte sich nach seiner Ankunft in Stuttgart über die Stimmung im Reiche und über die allgemeine Lage wie folgt: Aus allen Teilen des Reiches gehen der Regierung Ebert-Bauer Zustimmungserklärungen zu. Der Reichskanzler äußerte ferner, daß Dr. Mayer, der deutsche Geschäftsträger in Paris, ein Telegramm nach Stuttgart gerichtet hat, wonach die französische Regierung nur die deutsche Regierung Ebert-Bauer als gesetz- und verfassungsmäßig anerkennt und daß sie allein im Stande ist, das Chaos in Deutschland zu verhindern. Es wird ein direkter Kurierzug von Stuttgart nach Paris eingelegt.

**Verliere Niemand in diesen aufgeregten Tagen die Ruhe und Besonnenheit!**

# Verhandlungen.

dd. **Berlin**, 15. März, nachm. 6 Uhr. (Eig. Drahtmeldung.) **Die politische Situation war in Berlin bis um die vierte Nachmittagsstunde folgende:**

**Zwischen den Regierungen Kapp und Bauer finden zur Zeit Verhandlungen statt und zwar in Stuttgart sowohl wie in Berlin, dort durch Parteileute und nicht politische Vermittler und hier durch direkte Aussprache mit General Maercker. Dieser ist heute vormittag in Berlin eingetroffen und hat folgende Bedingungen der Regierung Ebert mit gebracht:**

**Sofortiger Rücktritt Kapps und seiner Helfer, sofortige Rückführung der gesamten Truppen, Zugeständnis von Neuwahlen innerhalb einer annehmbaren Frist.**

*

**Die Bedingungen des interfraktionellen Ausschusses.**

dd. **Berlin**, 16. März. (Eigene Drahtmeldung.) **Der interfraktionelle Ausschuß der Mehrheit der Nationalversammlung hat am Montag in Berlin getagt und beschlossen, folgende Bedingungen zu stellen: 1) Zurückziehung der Militärs: 2) Rücktritt Kapps, 3) Zusammentritt der Nationalversammlung und der Landesversammlung in Berlin, 4) Neuwahlen zur Nationalversammlung und zur Landesversammlung sowie zum Reichspräsidium sollen dann binnen acht Wochen stattfinden. Der preußische Minister des Innern Heine ist mit andern Mitgliedern der preußischen Regierung im Extrazug nach Stuttgart gereist. Die Reise geschieht im Einverständnis mit der Berliner Regierung und soll einem Einigungsversuch dienen.**

*

wtb. **Frankfurt a. M.**, 14. März. Die Reichswehrtruppen in Frankfurt haben sich einstimmig

**für die alte Regierung**

entschieden. Die Vertrauensleute der sozialdemokratischen Partei beschlossen, daß der Generalstreik bis auf weiteres aufrecht erhalten werden solle. Die Arbeiter in den Höchster Farbwerken haben für Montag 2 Uhr den Generalstreik erklärt. Auch die demokratische Partei in Höchst erklärte, daß sie alle Bestrebungen zur Abwehr des Kappschen Putsches restlos unterstützen werde. Die Franzosen haben sich bisher korrekt und zurückhaltend gezeigt und der Bewegung keinerlei Schwierigkeiten bereitet.

*

wtb. **Hamburg**, 14. März. Senat und Bürgerschaft erkennen den Oberst v. Wangenheim als Inhaber der vollziehenden Gewalt nicht mehr an, da er und sein Stab sich auf den Boden der Berliner reaktionären Putschregierung gestellt haben. Der

**frühere Kommandant von Groß-Hamburg**

Lampel, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, wurde zum Kommandanten von Hamburg ernannt. Ihm wurde die vollziehende Gewalt übertragen. Die Hamburger Sicherheitspolizei, Schutzmannschaft und Einwohnerwehr, die sich dem Schutze der verfassungsmäßigen, vom Volke gewählten Regierung verpflichtet haben, sind dem Kommandanten Lampel unterstellt worden.

*

**Ruhe in Frankfurt am Main.**

TU. **Frankfurt a. M.**, 15. März. Die Ruhe, die am Sonnabend Abend nach dem Tagessturm eingetreten war, hat am Sonntag standgehalten. Die Ordnung wurde nirgends gestört. Neu im Straßenbild waren die Reichswehrtruppen. Sie sind gestern abend in Frankfurt eingerückt und halten in weitem Umkreise das Polizeipräsidium abgeschlossen. Sie haben die in der Nähe liegenden Gebäude, darunter auch die Eisenbahndirektion, besetzt. Von Mittag ab nahmen die Reichswehrtruppen gemeinsam mit der Blauen Polizei, der Grünen Sicherheitspolizei und der aus bewaffneten Mitgliedern der mehrheitssozialistischen und demokratischen Partei bestehenden Hilfspolizei den Sicherheitsdienst in Frankfurt am Main in die Hand. Die Reichswehrtruppen verhafteten in Bernheim acht Kommunisten, die aus einem verborgenen Waffenlager auf einem Automobil Maschinengewehre und große Mengen von Munition fortschaffen wollten. Auch in Bockenheim vereitelte die Reichswehr die Entführung eines Automobils mit Maschinengewehren.

*

**Oeser.**

wtb. **Frankfurt a. M.**, 14. März. Die „Frankf. Ztg." meldet: Sämtliche Eisenbahner, einschließlich der Eisenbahnbeamten haben durch den Minister Oeser Herrn Kapp eröffnen lassen, daß sie bis heute nachmittag seinen Rücktritt fordern, sonst würden sämtliche Eisenbahner einschl. der Eisenbahnbeamten in den Generalstreik eintreten. Da das Ultimatum nicht angenommen wurde, ist damit die Situation für den Generalstreik gegeben. Es ist absolut unwahr, daß sich der Eisenbahnminister der Regierung Kapp zur Verfügung gestellt hat. Er ist auf die Forderung der Eisenbahner hin aus der Schutzhaft entlassen worden und hat es abgelehnt, einen von Kapp verlangten Revers zu unterzeichnen. Sämtliche Unterstaatssekretäre des Reichsministeriums sind einmütig entschlossen, jede Verbindung mit der von Kapp eingesetzten Regierung abzulehnen.

*

**Generalstreik in Hannover.**

TU. **Hannover**, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalstreik hat hier in allen Betrieben eingesetzt. Auch die Zeitungen sind nicht erschienen. Der Straßenbahnverkehr ruht. Unter den Angestellten hat die Streikbewegung Fuß gefaßt. Aus der Provinz wird gemeldet, daß verschiedentlich die Blätter nicht erschienen sind.

TU. **Hannover**, 15. März. Die Gewerkschaften haben in den einzelnen Fabriken Versammlungen abhalten lassen, in denen der Generalstreik für Montag beschlossen wurde. Es kam zu großen Kundgebungen in der Herrenhäuser Allee. Die technische Nothilfe, bestehend aus Angehörigen der hiesigen Technischen Hochschule, hat den Hauptbahnhof besetzt. Die Reichswehr besetzte das Gebäude der Technischen Hochschule. In der Stadt ist alles ruhig.

*

**Bildung von Arbeiterräten in Bochum.**

TU. **Bochum**, 15. März. Seitens der mehrheitssozialistischen Partei, der U. S. P. D. und der K. P. D. wurden nach einem gemeinsam gefaßten Beschluß Arbeiterräte gebildet, die die vollziehende Gewalt an sich rissen, Arbeiterwehren bildeten, die Einwohnerwehren, soweit deren Mitglieder nicht in die Arbeiterwehren übertraten, entwaffneten und den Generalstreik verkündeten. Die Sicherheitswehr trat zu den Arbeiterräten über. Zwischenfälle haben sich bisher nicht ereignet.

*

**Bildung eines Arbeiterrates für Westdeutschland.**

Der Kommandierende General Freiherr v. Watter hat an den Reichskommissar für Rheinland und Westfalen, Severing, das folgende Schreiben gerichtet:

Als Befehlshaber des Wehrkreiskommandobezirks 6 berufe ich auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. März zur Mitberatung der sich aus der neu geschaffenen Lage ergebenden Fragen:

von den Arbeitervertretungen Westfalens und Rheinland je 3, von Hannover 2, von Oldenburg, Braunschweig und Bremen je 1 Vertreter zur Bildung eines Arbeiterbeirats beim Wehrkreiskommando mit dem Sitze in Münster.

Ich bitte Herrn Reichskommissar Severing, mir geeignete Vertreter namhaft machen zu wollen.

*

**Mecklenburg.**

wtb. **Schwerin**, 14. März. Bekanntmachung. Auf Weisung der Reichsregierung ist die Staatsregierung von Mecklenburg-Schwerin zum Rücktritt veranlaßt worden, weil durch ihr Verhalten keine Gewähr für Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit gegeben worden ist. Mit der Bildung einer vorläufigen Regierung ist der Amtsverwalter Dr. Wendhausen beauftragt.

Der Militärbefehlshaber. gez. v. Lettow-Vorbeck.

wtb. **Schwerin**, 14. März. Die Stadt selbst ist ruhig. Die öffentlichen Gebäude und die Regierungsgebäude sind militärisch besetzt. Die Sicherheitswehr machte Schwierigkeiten, doch bleibt die neue Regierung Herr der Lage. Die Reichswehr stellte sich hinter die neue Regierung. Die Gas-Elektrizitäts- und Wasserwerke streiken, doch ist am Abend durch die technische Nothilfe das Elektrizitätswerk wieder in Betrieb gesetzt worden. Die lebenswichtigen Betriebe haben ihre Arbeit fortgesetzt.

*

**Zeitungsverbot in Dortmund.**

TU. **Dortmund**, 15. März. Ein Aktionsausschuß, der sich hier gebildet hat, verbot das Weitererscheinen der „Dortmunder Zeitung" und des „Generalanzeigers". Es dürfen nur die Zeitungen erscheinen, welche die bisherige Regierung stützen.

Ein Teil der Volksmenge, die am Samstagabend den Kommunistenführer Meinberg aus dem Gerichtsgefängnis befreit hatte, setzte sich auf dem Steibplatz fest und ging zum Angriff auf die Polizeimannschaft über, die in schwere Bedrängnis geriet. Es wurde auf die Beamten geschossen, wobei der Oberwachtmeister Linke durch einen Schuß in den Unterleib schwer verletzt wurde, zwei weitere Beamte erlitten leichtere Verletzungen. Auch mehrere der Demonstranten wurden durch Schüsse schwer verletzt.

**Dortmund**, 14. März. Der Kommunistenführer Meinberg, der mehrere Monate in Untersuchungshaft gesessen hat, wurde am Samstagabend freigelassen. Demonstranten hatten vorher Meinbergs Freilassung gefordert. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag wurde im nördlichen Stadteile mehrfach geschossen. Mehrere Personen wurden verletzt. Die Gewerkschaften fordern in Flugblättern für Montag zum Streik auf.

TU. **Dortmund**, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Gegen 1 Uhr gestern mittag versuchte die Menge das Rathaus zu besetzen. Dabei kam es zu einer Schießerei, wobei ein Schutzmann getötet wurde. Darauf setzte Maschinengewehrfeuer ein, durch das 7—8 Personen getötet wurden. Auf das Gerücht, daß im Postamt am Bahnhof ein Waffenlager sei, versuchte die Menge das Postamt zu stürmen. Schließlich mußte Einwohner- und Sicherheitswehr kapitulieren. Die Tore des Postamts sind geschlossen. Der Postbetrieb ist eingestellt.

*

**Blutige Zusammenstöße in Berlin.**

dd. **Berlin**, 16. März. (Eigene Drahtmeldung.) Zu einem ernsten Zusammenstoß zwischen Militär und Zivil kam es gestern abend in Steglitz. Als hier eine Kompagnie Soldaten anmarschierte, sah sie sich von einer großen Menschenmenge umringt. Als sie auf mehrmalige militärische Aufforderung die Straße nicht freigab, ließ der Offizier mit einem Maschinengewehr nach allen Seiten feuern. Dabei wurden 8—10 Personen getötet, eine größere Anzahl mehr oder weniger schwer verwundet. Ein anderer Zwischenfall ereignete sich in der Nähe der Brunnenstraße. Eine Militärkapelle in Stärke von 30 Mann wurde von einer großen Menge umringt und bedroht. Als die Menschenmenge die Straße nicht freigab, wurden vom Militär zuerst blinde Schüsse abgefeuert und darauf scharf geschossen. Zwei Personen wurden getötet und mehrere verwundet.

dd. **Berlin**, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Am gestrigen Tage besetzte Einwohnerwehr das Haupttelegraphenamt. Reichswehrtruppen, mit einem Panzerauto versuchten, das Haupttelegraphenamt wieder zu nehmen. Einem dieser vorausgesandten Panzerautomobil wurde die Steuerung zerschossen, sodaß es bewegungsunfähig war. Die Besatzung des Automobils ist nach tapferer Gegenwehr gefallen. Daraufhin wurden die Batterien in Tätigkeit gesetzt. Nachrückende Infanterie nahm gegen 7 Uhr abends das Haupttelegraphenamt wieder. Die Verluste auf Seiten der Reichswehr waren sechs Tote und zehn Verwundete, darunter drei Offiziere; die Verluste der Einwohnerwehr und der Menge 20 Tote, die Zahl der Verwundeten wird auf mindestens das Doppelte geschätzt.

*

**Die Aufnahme der Nachrichten in der Schweiz.**

b. **Zürich**, 15. März. Die Meldung vom Ausbruch der Berliner Gegenrevolution wurde in den ersten Vormittagsstunden des Sonnabend durch Extrablätter verbreitet und erregte begreiflicherweise große Sensation. Die erste Folge war, daß der Kurs der Mark, die in den letzten Tagen eine ständige Besserung erfahren hatte, einen panikartigen Rückgang erfuhr. Auf den Banken drängte sich das Publikum den ganzen Vormittag zur Abgabe von Markbeträgen, deren Annahme jedoch von einzelnen Instituten abgelehnt wurde. In den Nachmittagsstunden erreichte die Mark mit 5—5½ eine gewisse Stabilität. In der neutralen Oeffentlichkeit werden die Berliner Vorgänge in der denkbar abfälligsten Weise besprochen. Man weist besonders darauf hin, daß der Berliner Streich gerade in dem Augenblick erfolge, als auf Seiten der Alliierten persönliche Tendenzen, die der Revision des Friedensvertrages geneigt sind, zuzunehmen begannen und daß nun alle diese Hoffnungen zerstört sind. Vielfach wird auch mit der Möglichkeit neuer kriegerischer Entwickelungen gerechnet. Die „Neue Züricher Zeitung" glaubt der neuen Regierung keine lange Lebensdauer vorhersagen zu können.

*

**Die Wirkung in Frankreich.**

Die Berliner Vorgänge haben im Auslande die denkbar schwerste Wirkung hervorgerufen. In Frankreich triumphiert man über Wiedererwachen des deutschen Militarismus und drängt zu militärischen und politischen Maßnahmen gegen die Einheit des Reiches. In England erwacht ebenfalls das alte Mißtrauen. In Italien ist man überrascht, daß man nunmehr den französischen Ansprüchen nicht weiter so tatkräftig entgegentreten kann. Jedenfalls sind die Ergebnisse der Londoner Konferenz in Bezug auf den Wiederaufbau in Frage gestellt. Militärische Maßnahmen der Alliierten sind zu befürchten. wtb.

# Kriegsrat der Alliierten in Mainz

dd. **Frankfurt a. M.**, 16. März. **(Eigene Drahtmeldung.) Generalissimus Foch weilt seit Montag in Mainz, wo er einen Kriegsrat mit den französischen Generalen und den Kommandeuren der Rheinarmee der Alliierten zwecks militärischer Maßnahmen gegen Deutschland abhält.**

# Deutsches Reich.

TU. **Berlin**, 16. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die **Abstimmung in der 2. Zone** von Schleswig hatte folgendes Ergebnis: Stadt Flensburg 75 Proz. Landgebiet 80 Prozent Deutsch.

TU. **München**, 16. März. Eigener Drahtbericht.) Der Generalstreik verlief ohne Zwischenfall. Der Landtag tritt heute zusammen.

# Herford u. Minden-Ravensberg.

**Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.**

16 März.

## Lebensmittel.

**Kondensmilch** kann vom 15. bis 20. d. Mts. in der Markthalle für Kinder im 3. bis 6. Lebensjahre, für Kranke mit ¼ Liter-Karten sowie für Personen über 70 Jahre je 1 Dose zu 2,75 *M* gekauft werden. Die Stammabschnitte der roten, grünen und hellblauen Milchkarten sowie Lebensmittelkarte sind beim Kauf vorzulegen.

**Kindergerstenmehl** kann in der Turnhalle auf die rote Kindernährmittelmarke Nr. 7, auf Nährmittelmarke für Personen über 70 Jahre und auf den grauen Sonderbezugsscheinen je 1 Pfund gekauft werden. Kauffrist: 25. März 1920.

**Lebensmittelamt der Stadt Herford.**

## Volksversammlung.

Tausende von Arbeitern zogen gestern gegen 3 Uhr, nachdem in sämtlichen Betrieben mit dem Glockenschlage 2 Uhr die Arbeit eingestellt war, im Demonstrationszuge zum Tiemeier'schen Saal. Der große Raum faßte die Menge nicht die ihm zuströmten, und Hunderte mußten wieder umkehren, ohne Einlaß zu finden. Alle Versammlungsteilnehmer waren, das konnte festgestellt werden, ungemein stark erregt über die Ereignisse in Berlin und gaben im gegenseitigen Gespräch ihrem lebhaften Unwillen Ausdruck über die Störung der Wiederaufbauarbeit. Im Saale sprach zunächst Herr Schmidt, der Führer der Unabhängigen. Er kritisierte in schärfsten Worten den Gewaltstreich in Berlin. Den Generalstreik begrüßte er warm und forderte auf zum Kampf bis aufs Aeußerste gegen die Militärdiktatur. Aber nicht die Wiederaufrichtung der Regierung Ebert-Noske ist für ihn Zweck dieses gewaltigen Kampfmittels der Arbeiterschaft, sondern darüber hinaus will er die „kapitalistische Gesellschaftsordnung" durch die sozialistische ersetzen und eine Herrschaft der Arbeiterklasse aufrichten.

Nach ihm trat als Sprecher der Mehrheitssozialisten Gewerkschaftssekretär Lottmann auf, der die Einigkeit der Arbeiterschaft pries und aufforderte, im Streik zu verharren, bis vom Aktionsausschuß und den Gewerkschaften weitere Verhaltungsmaßregeln ausgegeben würden. In einem kurzen Schlußwort wiederholte Herr Schmidt nochmals die Wichtigkeit der strikten Durchführung des Generalstreikbeschlusses.

Die große Menge verließ darauf den Versammlungsraum und bevölkerte noch lange danach die Straßen der Stadt. B.

*

Da der große Saal nicht die Menge fassen konnte, die ihm zuströmte, wurde auf freien Platz in der Visionsstraße eine Parallelversammlung abgehalten. Hier sprachen Abg. Schlüter und Stadtv. Finke und forderten vor allem zur Ruhe und Ordnung auf, nachdem sie auf die Wichtigkeit des Generalstreiks für das werktägige Volk hingewiesen hatten. Man war sich darüber einig, keine Arbeit zu verrichten für die Militärdiktatur. Darum soll auch die Arbeit erst nach Rücktritt der Regierung Kapp wieder aufgenommen werden.

## An unsere Leser.

Infolge der außerordentlichen Preissteigerungen im Zeitungsgewerbe haben sämtliche dem Zeitungsverlegerverein Minden-Ravensberg-Lippe angeschlossenen Zeitungen beschlossen, die Bezugspreise ab 1. April um 100 Prozent zu erhöhen. Auf Grund dieses Beschlusses teilen wir unsern Lesern mit, daß der Bezugspreis der Herforder Zeitung für Stadt und Land in Uebereinstimmung mit den anderen hiesigen Zeitungen für den Monat April auf 4 *M* festgesetzt wird.

**Herforder Zeitung für Stadt und Land.**

## Helft den deutschen Flüchtlingen!

Der Friedensschluß legt uns Deutschen unsagbar Schweres auf. Freilich ist im Innern des Landes uns das eigene Heim verblieben. In den Grenzmarken dagegen verlieren Hunderttausende Haus und Herd, Brot und Beruf. Entweder wurden sie aus-

gewiesen oder mußten wegen ihrer deutschen Abstammung und Gesinnung fliehen. Zum großen Teil von Mitteln vollständig entblößt, ist ein größerer Teil von ihnen auf unsere wohltätige Unterstützung angewiesen. Die Not dieser Unglücklichen ist furchtbar und wer sie je gesehen, der wird bis ins Herz davon erschüttert, gepackt aber auch von der Treue und dem Opfermut, mit dem sie an Deutschland und der deutschen Sache hängen und dafür ein so schweres Schicksal tragen. Es gibt unter ihnen Kinder, die mit ihren Müttern nach Verlust der Väter geflohen sind und denen buchstäblich die Kleidung wie Zunder vom Leibe fällt, Frauen, die nicht imstande sind, sich das tägliche Essen zu kochen, da sie nicht mehr als 20 Pfg. am Tage ausgeben können. Die Not der Flüchtlinge, deren Zahl noch immer wächst, ist unsere Not, der wir uns nicht verschließen wollen und dürfen. Wenn sie den heimatlichen Boden verloren haben — bei uns sollen sie Trost und Hilfe finden. Neben der staatlichen Hilfe muß das ganze deutsche Volk seinen heimatlosen Brüdern und Schwestern sofort und wirksam helfen. Große Mittel sind nötig! So rufen wir alle zur Hilfe und Mitarbeit auf! Ihr Männer, die Ihr im Felde und in der Heimat das Flüchtlingselend kennen lerntet — Ihr Frauen, die Ihr in tatkräftiger Mitarbeit schon soviel geholfen habt — Ihr Kinder, die Ihr in Eurer Jugend so viel Not und Elend sehen müßt, nehmt es alle in Herz und Gewissen auf:

„Jeder muß helfen, die Not der heimat- und obdachlosen Flüchtlinge zu lindern."

Im Laufe der Woche soll hier in Herford eine Haussammlung zum Besten der Flüchtlingsfürsorge stattfinden, deren Ausführung das Gymnasium übernommen hat.

Auf zur Hilfe und zum Opfern! Gebt alle und gebt reichlich!

Die Sammlung und die Verteilung des Geldes stehen unter behördlicher Aufsicht. D.

---

hz. **Zeitfreiwillige.** Vor Monaten bereits hat die Regierung alle ehemaligen Soldaten und Offiziere aufgefordert, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, sich als Zeitfreiwillige zur Verfügung zu stellen. Diesem Aufruf haben auch zahlreiche Herforder Folge geleistet. Sie haben sich den gestern hier durchziehenden Watter'schen Truppen aus Minden angeschlossen und sind mit nach dem Industriegebiet abgerückt.

hz. **Reichswehr auf dem Marsche durch Herford.** Gestern passierten verschiedene Abteilungen Reichswehr unsere Stadt. Auf großen Lastautos kamen sie von Minden her und fuhren nach Bielefeld weiter. Gegen Abend folgten mehrere Batterien Feldartillerie. Autos und Geschütze waren vielfach mit Schildern geschmückt, wie „Treu zu Noske" — „Treue der Regierung" — „Nieder mit Lüttwitz". Ziel des Marsches war das Industriegebiet, wo die Truppen gegen etwaige Ruhestörer eingesetzt werden sollen.

s. **Der Eisenbahnerstreik hält an.** Der Eisenbahnverkehr liegt vorläufig noch im wesentlichen still, es fahren nur die Lebensmittelzüge und einige Nahzüge. Die Postbeamten sind in ihrer Tätigkeit infolge der Einstellung des Fernverkehrs natürlich unterbunden, da keine Briefpost zur Beförderung angenommen wird. Heute schließt sich auch die Kleinbahn dem Streik an. Die Telefonverbindung mit Berlin besteht nach wie vor, dagegen hat das Telefonamt in Hannover den Betrieb eingestellt; auch mit Düsseldorf war keine Verbindung zu erhalten.

= **Ein Erlaß des Kultusministers über das Universitätsstudium der Lehrer.** Wie die P. P. N. erfahren, hat der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung nachstehenden Erlaß herausgegeben: Einstweilig oder endgültig angestellte Lehrer, die beabsichtigen, Universitätsstudium zu treiben, können für diesen Zweck beurlaubt werden, und es entspricht meinen Wünschen, daß ihre Urlaubsgesuche entgegenkommend behandelt werden. Die Beurlaubung der Lehrer wird indessen nur im Einvernehmen mit dem Schulverbande erfolgen können, zumal es sich meist um eine Beurlaubung für mehrere Jahre handelt und es oft ohne Unzuträglichkeiten nicht möglich sein wird, die von dem Lehrer bisher bekleidete oder gleichwertige Stelle in demselben Schulverbande während eines so langen Zeitraums offen zu halten. Es wird im Einzelfalle geprüft werden müssen, ob bei längerer Beurlaubung des Lehrers noch ein geordneter Schulbetrieb möglich ist. Verneinendenfalls würde der Lehrer zu entlassen und der Schulverband um wohlwollendes Entgegenkommen bei der Wiederanstellung zu ersuchen sein, wenn er später seine Wiederanstellung im Volksschuldienst nachsuchen sollte. Die Schulverbände können nicht angehalten werden, Lehrern für die Dauer des Studiums auf Universitäten und anderen Hochschulen das Stelleneinkommen oder den für die Vertretungskosten nicht gebrauchten Teilbetrag weiterzugewähren. Soweit jedoch die Schulverbände freiwillig bereit sind, das Stelleneinkommen ganz oder teilweise fortzugewähren, ist dem von Schulaufsichtswegen nicht entgegenzutreten. Andernfalls müßten die Lehrer die Kosten ihres Studiums selbst tragen und hätten in diesem Falle auch keine Teuerungszulagen zu beanspruchen. Diese würden aber zu zahlen sein, wenn das Stelleneinkommen ganz oder teilweise fortgewährt wird und die Stellvertretungskosten von dem Lehrer getragen werden.

hk. **Preise für Waren nach dem besetzten Gebiet.** Die Handelskammer zu Bielefeld schreibt uns folgendes: Aus Handels- und Industriekreisen des besetzten rheinischen Gebiets ist Klage geführt worden, daß bei Verkäufen von Waren in das besetzte Gebiet zu den sonst üblichen Verkaufspreisen Aufschläge, die teilweise den Valutazuschlägen für Auslandsverkäufe gleichkommen, erhoben werden. Ein derartiges Verfahren gegenüber inländischen Käufern bei Waren, die für den Verbrauch im besetzten Gebiet bestimmt sind, ist aus politischen Gründen außerordentlich bedenklich und kann nicht gebilligt werden.

g. **Die Mitgliederversammlung des Obst- und Gartenbauvereins** von Herford und Umgegend, die am letzten Sonnabend im Evang. Vereinshause stattfand, erfreute sich eines so starken Besuchs, daß der Raum kaum ausreichte. 20 neue Mitglieder konnten aufgenommen werden. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen hielt dann der Vorsitzende, Herr Garteninspektor Hagemann, einen Vortrag über das Pflanzen der Obstbäume. Die übrigen Punkte der Tagesordnung, die Nutzbarmachung der städtischen Abwässer und der Bericht des Bücherwarts über die vom Verein gehaltenen Fachschriften mußten der vorgeschrittenen Zeit halber kurz abgetan werden. An diese Verhandlungen schloß sich dann eine Verlosung von Gartensämereien und Gartenkalender, 60 Gewinne im Werte von über 100 *M* konnten an die Mitglieder verteilt werden.

g. **Wohltätigkeitsabend.** Der vom Vaterländischen Frauenverein veranstaltete Wohltätigkeitsabend im großen Saale des Ev. Vereinshauses für die bedürftigen vertriebenen Elsaß-Lothringer legte durch seinen überaus starken Besuch ein schönes Zeugnis für die Opferfreudigkeit der Herforder Bürgerschaft ab.

(Fortsetzung im zweiten Blatt)

## Lippische Freistaaten.

b. **Detmold,** 14. März. Auf dem am Sonnabend in Lage stattgefundenen Abgeordnetentage der lippischen Gesangvereine erfolgte ein Zusammenschluß aller vertretenen Vereine zu einem lippischen Sängerbund. In den Vorstand des Sängerbundes wurden gewählt: Lehrer Kuhlmann-Lage, 1. Vorsitzender, Rentner Wilhelm Pecher-Detmold, 2. Vorsitzender, Lehrer Stolte-Barntrup, Bundeschormeister, W. Peter-Lage, Schriftführer, Stadtkassierer August Schlüter-Detmold, Kassierer. Außerdem wurde eine Anzahl Beisitzer aus den einzelnen Vereinen gewählt. Ueber den Anschluß des Sängerbundes an den Westfälischen Provinzialsängerbund oder an den Deutschen Sängerbund soll später verhandelt werden.

### Die Ereignisse in Lippe.

**Detmold,** 15. März. Die Ereignisse im Reiche haben in den amtlichen und politischen Kreisen unseres Landes selbstverständlich das größte Aufsehen erregt. Wie von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, hat im Landespräsidium mit den Vertretern der Rechtsparteien und der Gewerkschaften unter Hinzuziehung der Detmolder Militärs eine lange Besprechung stattgefunden, in der im wesentlichen die Frage erörtert wurde, wie es möglich gemacht werden könnte, im lippischen Lande Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Militärs erklärten hierzu ihre Bereitwilligkeit. Die Gewerkschaften gaben eine gleiche Erklärung ab, desgleichen auch die Parteivertreter. Für die Militärs bleiben maßgeblich die Verfügungen des Militärbefehlshabers in Münster des Generals der Infanterie von Watter. Sollte die Garnison für den Fall von Unruhen im Industriegebiet abberufen werden, so wird der Landespolizeidirektor Heise seinerseits die Organisation des Sicherheitsdienstes in die Hand nehmen.

## Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

**Paderborn,** 13. März. Auf dem letzten Viehmarkt hatte ein Landwirt das Glück, zwei Pferde, die ihm vor 14 Tagen gestohlen waren, festzustellen. Dieselben wurden mit Hilfe der Polizei beschlagnahmt. Der Dieb hatte sie inzwischen schon an einen Pferdehändler weiter veräußert und es ist nicht ausgeschlossen, daß das Kaufgeschäft auch noch für den Käufer ein Nachspiel hat.

**Brilon** (Sauerland), 14. März. In Abwesenheit der Eltern machten sich die drei Kinder der Familie Karl Wiegemann in der Wohnung am Ofen zu schaffen. Die Kleider fingen Feuer und als die Nachbarn auf das Geschrei der Kleinen zu Hilfe kamen, fanden sie eines total verkohlt am Boden liegen, ein zweijähriges Mädchen ebenfalls tot und ein vierjähriger Knabe war stark verbrannt. Man hofft, ihn dem Leben zu erhalten.

**Emmerich,** 14. März. Der Drang der Holländer, nach Deutschland zum Einkauf zu reisen, scheint abzuflauen. Während der direkte D-Zug Amsterdam—Berlin noch vor einigen Wochen bereits in Amsterdam überfüllt war, fährt er jetzt täglich mit rund zwanzig Reisenden von Amsterdam ab. Diese Abnahme des Verkehrs wird darauf zurückgeführt, daß sich Deutschland jetzt energisch gegen den Ausverkauf wehrt.

---

### Die Schreibmaschinendiebstähle.

Gestohlene Schreibmaschinen im Werte von $^3/_4$ Millionen hat die Berliner Kriminalpolizei allein in den beiden ersten Monaten dieses Jahres beschlagnahmt und zum größten Teil den rechtmäßigen Besitzern wieder zugestellt, die hohe Belohnungen für ihre Herbeischaffung ausgesetzt hatten. Der Mangel an guten Schreibmaschinen ist jetzt derart groß, daß sich in den Verbrecherkreisen Spezialisten für diesen Artikel „etabliert" haben, die wieder mit unreellen Händlern und Schiebern in engster Fühlung stehen. Ihre erste Sorge ist, die Nummern aus den Maschinen gründlich zu entfernen, was ihnen nicht immer gelingt, und sie auch sonst möglichst unkenntlich zu machen.

Der ausgedehnte Umfang dieser Diebstähle hat dazu geführt, daß bei der Kriminalpolizei eine besondere Abteilung für Schreibmaschinendiebstähle unter Leitung des Kriminaloberwachtmeisters Quoß eingerichtet worden ist, die diesen Verbrechen mit den besten Erfolgen nachspürt. Die bei den meisten Maschinen vorhandenen Geheimnummern und Geheinzeichen leisten den Beamten dabei wertvolle Dienste. In einer Kartothek im Polizeipräsidium werden alle angemeldeten gestohlenen Maschinen registriert. Es ist deshalb dringend nötig, daß sich jeder Besitzer von Schreibmaschinen nicht nur das System — auch das konnte einer der Bestohlenen nicht einmal angeben —, sondern auch die Nummer merkt. Viele Großbetriebe und Behörden — so das Auswärtige Amt — haben ihre Schreibmaschinen mit Ketten an die Tische angeschlossen, um sich gegen Hausdiebe, die ja am hellen Tage „arbeiten", zu schützen. Der Wert der Schreibmaschinen steigt — man könnte fast sagen — von Tag zu Tag. Den Betrieben wird deshalb wiederholt angeraten, ganz besonders sorgfältig ihre Schreibmaschinen zu bewahren.

### Der „Weltordnungs-Diktator."

Die gegenwärtige Mißwirtschaft auf den Eisenbahnen hat einen eigentümlichen Weltverkehrsreformator in der Person eines gewissen Karl Bobe aus Oerlinghausen im Teutoburger Wald gezeitigt. Wie die Eisenbahndirektion in Hannover bekannt macht, hat Herr Boge des öfteren mit selbstverfertigten „Freifahrtscheinen die Eisenbahn widerrechtlich benutzt. Die Freifahrtscheine sind mit der Photographie des famosen „Weltverkehr-Diktators", wie er sich selber nennt, versehen, sowie mit seiner Unterschrift und tragen den gedruckten Vermerk „Kultur-Symbol". — Der „Freifahrtschein", mit dem Herr Bobe merkwürdigerweise überall hat reisen können, besagt, daß Herr Bobe zur Benutzung aller bestehenden und noch entstehenden Verkehrsmittel innerhalb des Weltalls berechtigt sei. Dann heißt es weiter: „Hierdurch erteile ich mir selbst die Erlaubnis zur unentgeltlichen Benutzung aller Verkehrsmittel innerhalb Deutschland und als Weltordnungsdiktator auch über seine Grenzen hinaus. Denn: In neuer Kultur der göttliche Lebensplan gestattet jedem Tüchtigen freie Bahn, dazu gehört auch jedes zielbewußte Reisen, in Wasser, Luft, wie Schienenweg von Eisen, gez. Karl Bobe, Weltverkehrs-Reformator. In der schönen Welt, den 1. Januar 1920." — Humor hat dieser Pfiffikus vom Teutoburger Wald, das muß man ihm lassen. Aber die Eisenbahnverwaltung läßt nicht mit sich spaßen und hat deshalb den neuen Weltverbesserer der Staatsanwaltschaft wegen Betruges angezeigt, indem sie zugleich die ihr unterstellten Beamten warnt, den Weltverkehrs-Reformator noch weiterhin auf Staatskosten spazieren fahren zu lassen. Sh.

## Sport.

### Sport am Sonntag.

Unsere beiden A-Vereine standen sich in friedlichem Gesellschaftsspiel auf dem Waldfrieden gegenüber. Spielvereinigung in starker Aufstellung, Union mit Ersatz für seinen hervorragenden Verteidiger Ludewig. Leider erschien der angesetzte Schiedsrichter nicht und man mußte sich auf den 1. Vorsitzenden der Spielvgg. als Unparteiischen einigen. Mit dem Anpfiff entwickelt sich ein schönes und flottes Spiel. Gefährliche Angriffe beider Parteien zeigen oft spannende Momente und geben Verteidigung und Tormann manch harte Nuß zu knacken. Erst in der 35. Minute gelingt es Union, in Führung zu gehen, der Halbrechte kann eine gute Vorlage von links eindrücken. Spvgg. stellt höchsten „Gang" ein und erzwingt einen Elfmeter, der jedoch sein Ziel nicht findet. Wenige Minuten später vermag Spvgg. Linksaußen den Ausgleich zu erzielen. Halbzeit. Der Seitenwechsel zeigt beide Gegner wieder scharf im Angriff, jeder kämpft um die Führung und groß ist der Beifall, als es Spvgg. Halblinken gelingt, dieses unhaltbar einzusenden. Union sucht vergeblich gleichzuziehen, sein Sturm zeigt aber heute wenig von seiner sonstigen Durchschlagskraft und so müssen sich denn die Jonier geschlagen bekennen, als Spvgg. Rechtsaußen den 3. Erfolg für seine Farben bucht, der übrigens von dem sonst sehr guten Torwart gehalten werden mußte. — Am Abend waren alle zum gemütlichen Kommers nach Overbeck geladen. — Sonstige Resultate: Union 1. Jgd.: Teutonia-Bielefeld 1. Jgd. 0:3; Rasensport 3.: Ennigloh 3. 1:1. Die 2. Elf der Spvgg. unterlag der 1. Mannsch. des Rasensport mit 0:3, jedoch entspricht das Ergebnis durchaus nicht dem Spielverlauf. bg.

**Zweckverband für Leibesübungen der Stadt Herford.** Man schreibt uns: Auf Anregung der Herforder Sportvereine im W. Sp.-V. tagte am Mittwoch abend im „Haus der Väter" (früher Möhle) eine Versammlung der Vorstände sämtlicher Turn- und Sportvereine Herfords. Zweck der Tagung war, einen Zusammenschluß herbeizuführen, um dadurch den gemeinsamen Wünschen in Bezug auf Förderung der Leibesübungen größeren Nachdruck zu verleihen. Nach der Eröffnungsansprache des Herrn Werner (Union) ergab sich eine erfreuliche Uebereinstimmung der Ansichten. Jeder Verein war sich klar darüber, daß nur im engsten Zusammenarbeiten etwas für die gemeinsame Sache getan werden kann, denn dem Aufschwunge gegenüber, den das Turnen und der Sport genommen hat, hat die Unterstützung seitens der Behörden entweder ganz versagt, oder sie ist ganz kärglich bemessen gewesen. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden, es muß den maßgebenden Stellen klar gemacht werden, was Turnen und Sport denn eigentlich heute bedeuten: nämlich einen wichtigen Bestandteil der Volkserziehung, und es ist moralische Pflicht der Behörden, den Vereinen zu helfen, wo sie nur können. Und so wurde denn einstimmig und ohne Widerspruch der „Zweckverband für Leibesübungen der Stadt Herford" gegründet. Im Anschluß hieran wurde der vorbereitende Ausschuß gewählt, welcher sich aus folgenden Herren zusammensetzt: Stud.-Rat Dr. Wille (Tgde. Herford), Hermann Euscher (Freie Turnerschaft), Oberlehrer Goldlücke (Herf. Schwimmverein), Otto Büter (Sp.-Vgg. Herford), Lehrer Zurmühl (S.-C. Union), Hermann Meyer (Turnklub Rasensport) und einem Mitglied des kirchl. Jugendpflegeausschusses, welches noch namhaft zu machen ist. Ein Antrag Euscher auf Forderung eines Stadtamtes für Leibesübungen wurde einstimmig angenommen und dem Magistrat weitergereicht.

---

**Unsere heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.**

Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Schaller; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

## Bekanntmachung.

**des Ergebnisses der Wahl des Ausschusses der Landkrankenkasse des Landkreises Herford.**

Außer dem mit unserem Wahlausschreiben vom 10. Februar 1920 veröffentlichten Wahlvorschlage des Kassenvorstandes ist eine weitere gültige Vorschlagsliste nicht eingereicht worden.

Gemäß § 9 der Wahlordnung gelten daher die in der Liste des Vorstandes als Vertreter der Arbeitergeber und der Versicherten vorgeschlagenen Personen als gewählt.

Der auf den 26. März 1920 festgesetzte Wahltermin wird hierdurch aufgehoben.

Herford, den 15. März 1920.

**Der Vorstand der Landkrankenkasse des Landkreises Herford.**
Lüking, Vorsitzender.

## Bekanntmachung.

Auf Grund der Beschlüsse der städt. Körperschaften vom 10. Februar und 5. März d. Js. wird das Schulgeld an der hiesigen Mittelschule vom 1. April 1920 ab für einheimische Schüler auf 90 *M* und für auswärtige Schüler auf 150 *M* jährlich festgesetzt.

Herford, den 12. März 1920.

**Der Magistrat.**

## Bekanntmachung.

Anträge der Vermieter auf Zustimmung zur Kündigung sind beim Mieteinigungsamt mindestens 2 Wochen vor dem Tage, an dem spätestens gekündigt werden muß, anzubringen. Wird die Zustimmung zur Kündigung versäumt, so ist das Verfahren beendigt.

Der Vermieter kann dann, spätestens 2 Wochen vor dem Tage, an dem er spätestens zum nächst zulässigen Zeitpunkt kündigen muß, erneut den Antrag auf Zustimmung stellen; im Falle mutwilliger Anrufung des Einigungsamtes hat er jedoch zu gewärtigen, daß ihm die Zahlung einer Gebühr auferlegt wird.

Die ortsübliche Ziehzeit für Herford ist der 1. April und der 1. Oktober. **Der Vorsitzende des Mieteinigungsamtes.**

Heute mittag 12 Uhr verschied sanft nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden unsere innigstgeliebte, treusorgende und herzensgute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Frau

**Ww. Johanna Kottmann**

geb. Krieger

im Alter von 63 Jahren.

Die trauernden Kinder:

**Familie J. Velthuysen,** Osnabrück
**Familie J. Kottmann,** Osnabrück
**Familie W. Tiemeyer,** Herford
**Familie F. Grotefeld,** Werste.

Osnabrück, den 12. März 1920.

Die Beerdigung findet statt Mittwoch nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Osnabrück, Werderstr. 15.
Trauerfeier eine Viertelstunde vorher.

---

**Kirche der christlichen Wissenschaft.**
(Christian Science)
Herford, Göbenstraße 53.
**Gottesdienst:**
Sonntag, morgens 10 Uhr
**Versammlungen:**
Mittwoch, abends 8½ Uhr.

---

Habe wieder einen großen Posten getragene
**Damen- u. Herren-Garderobe,**
sowie neu bestohlte
**Schuhe und Stiefel**
abzugeben.
**Jacob Schmitt,** Stiftbergstraße 1, (Toreingang).

---

**Achtung! Felle!**
Kaufe laufend sämtl. Sorten Felle, wie Kaninchen-, Hasen-, Ziegen-, Schaf-, Kalbs-, Rind- und Pferdehäute zu den höchsten Tagespreisen.
**Wilhelm Hilmert,**
Johannisstraße 18.

---

# Kochkünstler

wenden Plantox bei allen Speisen an. Denn Sie wissen, wer Plantox (Extract, Würze und Würfel) verwendet, kocht billig und gut und hat alles, was ihm für Geschmack und die Ernährung irgend ein Fleischextract zu bieten vermag. Sie bevorzugen Plantox, weil Sie damit das beste Friedenserzeugnis erhalten. Erhältlich in jedem Kolonialwarengeschäft. Herstellerin: Paraguay-Fleischextract-Gesellschaft m. b. H. Hamburg-Bremen.

---

Unsere neuen Modellhüte ///

sind fertig; wir laden zur Besichtigung frdl. ein.

Umarbeiten getr. Hüte bereitwilligst u. schnellstens.

Geschw. Kuhlmann,
PUTZGESCHÄFT, Rennstrasse (Nähe Alter Markt.)

---

Am Samstag, den 13. d. Mts. wurde uns von Gott dem Herrn unser innigstgeliebtes

**Klärchen**

nach kurzer, heftiger Krankheit, im Alter von 7½ Monaten wieder genommen.

Dies zeigt tiefbetrübt an:
**Familie Fritz Ebmeyer.**

Herford, den 15 März 1920.

Die Beisetzung findet Mittwoch vormittag, den 17. März in der Stille statt.

---

Statt Karten.

Ein strammes
**Sonntagsmädel**
angekommen.
**Adolf Obermeyer und Frau Else,** geb. Blankenberg.
Z. Zt. Hannover, Privatklinik Dr. Dörrie, Grosse Barlinge 3. — Herford, Lübbertorwall 18.

---

Wir haben ca. 100 Ztr.

**Kleesamen-Mischung**

das Pfd. zu 14 Mk. in jeder beliebigen Menge abzugeben.

**Rotklee, Weißklee, Grassamen, Eckendorfer-Runkel- und Zuckerrübensamen, Große Bohnen u. s. w.** zu Tagespreisen.

**Gemüse- und Obstmarkt, G. m. b. H.**
**nur** Arndtstraße 6.

---

**Brinkmanns Theater.**
Dir. Willy Tholen.
**Heute abend 7½ Uhr:**
**„Othello"**
**der Mohr von Venedig.**
Erhöhte Schauspielpreise!
Vorverkauf bei Kortkamp.
**Donnerstag, 18. März,** abends 8 Uhr:
Ehrenabend
für Herrn Direktor Tholen
**„Die Faschingsfee."**
Kleine Operettenpreise.
Vorverkauf bei Kortkamp.

---

**Lichtspielhaus Wittekind.**
Höckerstrasse 5 Fernsprecher 690

Von Dienstag bis Freitag:
**Ein Sensationserfolg!**
Für Kinder streng verboten!

**„Totentanz!"**

Ein Nocturno in 5 Akten.

Personen:

| | |
|---|---|
| Dr. Sephar . . | **Werner Krauss** |
| Harry Free, der Flieger . . . | Walter Goebel |
| Dr. Selin . . . | Dr. Arnold Czempin |
| Frédérik Hennekemper . . . | Karl Bernhardt |
| Stuart O'Connor . | Joseph Roemer |
| Der Apache . . | Reinhold Kirsch |
| Sie . . . . . | **Sascha Gura.** |

Aus dem unvergleichlich reichhaltigen Inhalt: Im Klub. — Die letzte Warnung eines Toten. — Die geheimnisvolle Villa. — Der sinnberauschende Tanz. — Der Kampf um die rätselhafte Frau. — Die Perlenkette der Milliardärin. — Der Freundesmord. — Ein teuflischer Plan. — In den Katakomben. — Der Apache. — Totentanz.

**„Die Liebesprobe".**

Lustspiel in 4 Akten.
In der Hauptrolle:
Marija Leiko.

**Aenderungen vorbehalten!**

---

Schweicheln, den 15. März 1920.

Am Montag morgen, 6 Uhr, hat es Gott dem Allmächtigen gefallen, nach kurzer, schwerer Krankheit unser liebes Töchterchen

**Anni Pörtner**

im zarten Alter von 7 Monaten zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Im tiefsten Schmerz:
**Familie Fritz Pörtner nebst Kindern und Verwandten.**

Die Beerdigung findet am Freitag, vormittags 9½ Uhr, vom Trauerhause, Schweicheln Nr. 169, aus statt.

---

Am 19. März und folgende Tage bin ich wieder in **Herford und Umgegend** anwesend, um alle, mit

**Fuss- und Beinübeln**

belastete Personen zu behandeln. Alle Fuss- und Beinleidende, welche diesmal noch mit besucht zu werdsn wünschen, wollen mich

**noch heute durch Postkarte bestellen**

und zwar wolle man die Bestellung an **Herrn Sanitätssergeant Fr. Jungmann, Bad Oeynhausen, Königstr. 5,** richten, oder sonst direkt an mich nach Berlin.

Herren und Damen, welche die **messerlose Fuss- und Beinleiden-Behandlung** berufsmässig ausüben möchten, erhalten darin von mir gründliche Ausbildung und wollen sich dieserhalb mit mir in Verbindung setzen.

**Fusshygeniker W. Ruge, Berlin NO. 43.**
Georgenkirchstrasse 27, (Am Alexanderplatz).

---

Für meinen kleinen Haushalt (2 Personen) ein
**Mädchen**
bei gutem Lohn gesucht.
**Aug. Barkhausen,** Manufakturwaren
Radewigerstraße.

---

Zum 1. April tüchtiges
**Hausmädchen**
gesucht bei gutem Lohn.
**Waltgeristr. 13.**

---

Sofort oder 1. April ein tüchtiges, junges
**Mädchen**
für die Kasse u. leichte schriftliche Arbeiten gesucht.
Schriftl. Angebote an
**Carl Dürkopp,** Lübberstr.

---

**Arbeiterinnen**
zum Weidenschälen gesucht.
**Carl Bock & Co.**

---

Suche für sofort
**Frau od. Mädchen**
die für ganze Tage Gartenarbeit übernimmt.
**Frau Sieke,** Wilhelmsplatz 12.

---

Zum 1. April schulentlassenes
**Mädchen**
als Helferin in Apotheke gesucht.
**Neustädter Apotheke.**

---

Zum 1. April Sohn achtbarer Eltern als
**Kochlehrling**
für seine Hotelküche nebst Konditorei gesucht.
**Hohenzollernhof, Bad Oeynhausen.**

---

**Wohnungstausch** n. Essen (Ruhr).
Wer tauscht 3- od. 4 räumige
**Wohnung**
gegen eine gleich große in Essen? Nähere Auskunft erteilt
**Brakhage,** Weststr. 13.

---

**Bauplatz**
möglichst Bünderstraße oder in unmittelbarer Nähe, zu kaufen **gesucht.**
Angebote erbitte unter 6598 an die Geschäftsst. d. Zeitung.

---

**12 Mark** zahle ich für 1 kg.
**Gramophon-Platten**
ob ganz oder zerbrochen.
**8 Mark** für 1 kg. alte auch zerbrochene
**Phonograph-Walzen.**
Sofort gegen Nachnahme auf meine Kosten senden.
**F. Schmidt, Nürnberg,** Neuegasse 18.

---

**Nähmaschinen repariert**
auch außer dem Hause
**E. Kuhlmann,**
Eisgrabenstraße 14.
Postkarte genügt.

---

Ein schwerrs Fuder
**Kuh- und Pferdedünger**
gegen **Stroh-** oder **Heu** abzugeben, daselbst auch mehrere Fuder guten
**Mutterboden.**
**M. Löwenstern,**
Telefon 248, Credenstr. 35.

---

**Schwarzer Pelzkragen**
Sonntag nachmittag in der Beichtkammer der Münsterkirche abhanden gekommen. Gegen Belohnung abzugeben bei
**G. Kühl,** Friseur, Alter Markt 9.

---



Ein langhaariger brauner
**Jagdhund**
entlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung.
**Fritz Coulbrunn,** Rennton. 8.

---

Ein langhaariger
**Teckel**
zu verkauf. 3 Jahre alt, Farbe schwarz, derf. ist sehr wachsam u. scharfer Rattenfänger. Preis 180 Mk. **Janup 1.**

---

**Junger Dobermann**
**zu verkaufen.**
Nachzufr. in der Geschäftsst. d. Zeitung unter 6675.

---

Habe eine guterhaltene
**Kochmaschine**
zu verkaufen.
**Hochstraße 10.**

---

**Schreibmaschine**
gebraucht, aber gut erhalten, suche zu kaufen. Angeb. erbitte an **Carl Schröder,** Mindenerstr. 29.

---

# Brennholz

(Hartholz, in Ofenlänge geschnitten) Ladungen und Fuhren hat abzugeben
**August Schulze,** Kohlenhandlung, **Eilshausen.**

---

**Rauchtabak, rein Uebersee,**
**Fein-, Mittel- und Grobschnitt,** laufend jedes Quantum ab Fabrik und ab Lager liefert
**E. von der Stück, Düsseldorf,** Fischerstr. 23.

---

**Haben Sie noch**
**alte auch zerbrochene**
**Gebisse**
**Zahle für Zähne 12—20 Mk, jedoch kein Zahn unter 12 Mk.**
Für Plattenzähne bis **150 Mk.**
Für Knopfstifte die Hälfte, wenn echt.
Für wertvoller verarbeitete Gebisse bis **2000 Mk.**
**Ankauf**
findet nur **Donnerstag, den 18. u Freitag, den 19. März,** in **Herford** Hotel zur Post von 9—6 Uhr nachm. statt.

---

**Jagd-Verpachtung.**

Die Verpachtung der **Gemeindejagd Essern** (Krs. Stolzenau), 2 Klm. von Bahnstation Bohnhorst, 3 Klm. von „Lavelsloh-Diepenau" (Strecke Rhaden-Nienburg), **Größe ca. 11000 Morgen,** soll am 15. April d. J. nachmittags 2 Uhr bei Gastwirt Heidmann, Essern, auf 6 Jahre öffentlich erfolgen. Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben. **Der Jagdvorstand.**

---

**Achtung!** Kaufe laufend jeden Posten **alle Sorten Lumpen, Metalle, Eisen und Felle** und zahle höchste Preise.
Kann auch alles selbst abholen. Postkarte genügt.
**Produktenhandlung Rudolf Schemann,**
Werrestraße 41.

---

**Alt-Eisen, Lumpen und Metalle**
**kauft laufend zu Tagespreisen.**
**Fr. Schaminsky, Produktenhandlung,**
Fernspr. — Hollandstr. 27. Einfahrt Endebuttstr.

---

**Handwerker! Ein Wort!**

Warum haben Sie bei mir immer noch nicht Ihre Fachbücher bestellt? Seit Jahren scheue ich keine Kosten und mache Sie immer wieder darauf aufmerksam. Es gibt für Sie nichts Wichtigeres, nichts, was Ihnen mehr Vorteil brächte. — Lassen Sie sich deshalb sofort kostenlos meinen ausführlichen Katalog mit zahlreichen Abbildungen kommen. Schreiben Sie mir einfach eine Postkarte mit Angabe Ihres Berufes. Ich habe viele Tausend Kunden, erhalte fortgesetzt Anerkennungen. Warum fehlen Sie noch?
**Carl Hermann Ludwig, Breslau 23/533.**

---

**Wir suchen**
**für mehrere Außenstrecken**
**Zeitungs-Austräger.**
**Herforder Zeitung für Stadt und Land.**

# Herforder Zeitung

**Bezugs-Preis 5.40 Mark**
vierteljährlich. Bei Postbezug 5.40 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt und Land

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postscheckkonto Nr. 5796
Scheckamt Hannover

**Anzeigenpreis 20 Pfennig**
die 1spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 64 — Herford, Dienstag, den 16. März 1920 — 30. Jahrgang


## Zweites Blatt.

## Ein drittes Gesetz zur preußischen Agrarreform.

**Von Hermann Degenhardt,**
Mitglied der Preußischen Landesversammlung.

Die preußische Agrarwirtschaft steht am Beginn einer Neuregelung. Um zwei Probleme handelt es sich: mehr Deutschen als bisher Anteil am heimischen Boden zu gewähren und die landwirtschaftliche Erzeugung zu heben. Die zu lösen hat die preußische Regierung eine Gesetzesfolge vorgelegt, von der bisher zwei Gesetze in der Vollsitzung verabschiedet worden sind: das Gesetz über Landeskulturbehörden am 3. Juni 1919 und das Ausführungsgesetz zum Reichssiedelungsgesetz am 15. Dezember 1919. Es liegen dem Hause vor „der Entwurf eines Gesetzes zur Bildung von Bodenverbesserungs-Genossenschaften" und „der Entwurf eines Gesetzes über die Umlegung von Grundstücken". Der erstgenannte Entwurf ist am 1. März 1920 in zweiter Lesung vom Siedlungsausschuß der Landesversammlung verabschiedet worden und wird aller Voraussicht nach in der Fassung der zweiten Lesung in Kürze die Zustimmung des Hauses finden.

Ueber den Zweck des Gesetzes besagt der § 1, daß die Eigentümer von Moor-, Heide- und ähnlichen Ländereien zum Zwecke der „Beschaffung von Vorflut und gleichzeitiger Herstellung der erforderlichen Wege, Entwässerungs- und Bewässerungsanlagen" für diese Ländereien zu Genossenschaften vereinigt werden können. Das bedeutet gewiß einen Eingriff in das Privateigentum. Der Eigentumsbegriff ist aber im Artikel 153 der Verfassung des Deutschen Reiches so gefaßt, daß es heißt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste." Erwägt man ferner, daß tausende von Morgen deutscher Erde jahrhundertelang unbebaut gelegen haben, ohne daß die Besitzer aus eigener Initiative an eine Bodenverbesserung gegangen sind, so wird man mit dem im § 1 des Entwurfes vorgesehenen Zwangsprinzip zur Genossenschaftsgründung einverstanden sein müssen. Die Bedenken, daß durch diesen Beitrittszwang mancher, besonders kleinere Besitzer von Moor- und Oedland infolge der erhöhten Kosten für die Bodenverbesserung in unserer Zeit wirtschaftlich zugrunde gerichtet werde, falls das Unternehmen nicht bald Gewinne abwerfe, sind von der landwirtschaftlichen Verwaltung zerstreut worden. Man hat zunächst die Erklärung abgegeben, daß nur solche Bodenverbesserungs-Genossenschaften gegründet werden sollen, die unbedingt in verhältnismäßig kurzer Frist Erträge zeitigen. Ferner ist im § 13 eine gewisse Schutzbestimmung für solche nicht leistungsfähigen Schultern mit dem Hinweis auf die §§ 239—43 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 gegeben.

Auf Antrag der demokratischen Mitglieder des Ausschusses hat der § 1 des Entwurfes einen zweiten Absatz erhalten mit folgendem Wortlaut: „Auf die Erhaltung von Naturdenkmälern und von Naturschutzgebieten ist tunlichst Rücksicht zu nehmen."

Die §§ 2—8 des Gesetzes nach den Beschlüssen des Ausschusses in erster Lesung regeln das Verfahren bei Gründung der Zwangswirtschaft. Der Entwurf der Regierung zeigte den Mangel, daß in den Händen der landwirtschaftlichen Verwaltung eine zu weitreichende Machtbefugnis lag. Der Ausschuß war bemüht, den Entwurf dahin abzuändern, daß den Beteiligten ein größeres Mitbestimmungsrecht eingeräumt werde. Es ist daher in den Beschlüssen der ersten Lesung vorgesehen, daß die Beteiligten nicht nur in einem Anhörungstermin ihre Zustimmung für oder ihre Einwendungen gegen das geplante Unternehmen zum Ausdruck bringen, sondern daß zur Erörterung der Einwendungen ein neuer Termin anzuberaumen ist, zu dem die von den Beteiligten gewählten Bevollmächtigten zu laden sind, die über das Unternehmen Beschluß zu fassen haben. Kommt auch in diesem Ausgleichstermin eine Einigung nicht zustande, so hat der Regierungskommissar die Verhandlungen unverzüglich der Spruchkammer des Landeskulturamtes, in der neben einem richterlichen Vorsteher Laienrichter aus landwirtschaftlichen Kreisen sitzen, zu unterbreiten. Diese hat binnen einem Monat unter Berücksichtigung der erhobenen Einwendungen über die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit des geossenschaftlichen Unternehmens, über den Plan und über den Satzungsentwurf zu beraten und Beschluß zu fassen. Die durch Beschluß der Spruchkammer festgestellte Satzung gilt als von den Beteiligten beschlossen. Hat die Spruchkammer beschlossen, eine Satzung nicht festzustellen, so kann der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Satzung erlassen. Diese letzte Einschränkung der Machtbefugnisse der landwirtschaftlichen Verwaltung hat im Ausschuß zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Man machte seitens des Ministeriums gegen nach dieser Richtung weitergehende Anträge, die von deutschnationaler Seite gestellt waren, geltend, daß damit der Aufbau des Gesetzes gestört würde. Man habe sich aus den Erfahrungen der Vorzeit grundsätzlich nur auf den Boden des Anhörungs-, nicht des Zustimmungsprinzips seitens der Beteiligten gestellt. Man fürchtet, wenn eine Zustimmung der Beteiligten nötig ist, es in absehbarer Zeit zu Gründungen von Genossenschaften überhaupt nicht käme, da jede Einwendung gegen das geplante Unternehmen juristisch geprüft werden müßte, und schon die Prüfung der Legitimation der Beteiligten erfordere mehrere Monate. Auf der anderen Seite stand die Mehrheit des Ausschusses auf dem Boden, daß solche Zwangsgenossenschaften nicht rein vom grünen Tisch her gebildet werden dürfen und man den beteiligten und den Sachverständigen größere Rechte einräumen müsse. Diese Meinungsverschiedenheit spitzte sich politisch zu, und es ist daher zu begrüßen, daß die oben angeführte Regelung der Frage die einstimmige Zustimmung des Ausschusses und der Vertreter der Regierung fand.

Es wird nicht ausbleiben, daß die zur Genossenschaft gehörenden Grundstücke eine Zeitlang gemeinschaftlicher Bewirtschaftung und Nutzung unterliegen. In § 14 des Gesetzes ist aber ausdrücklich bestimmt, daß jeder Genosse Anspruch auf den sich am Ende des Wirtschaftsjahres ergebenden Reinertrag hat. Es heißt ferner im angezogenen Paragraphen: „Der Genosse kann verlangen, daß ihm seine Ländereien, die von der Genossenschaft bewirtschaftet werden, nach der Ernte oder nach Aufhören des Weidebetriebes ganz oder teilweise wieder zur eigenen Bewirtschaftung und Nutzung überlassen werden, wenn und solange dadurch die wirtschaftliche Nutzung der übrigen Genossenschaftsgrundstücke nicht erheblich beeinträchtigt wird. An den Kosten, die durch die gemeinschaftliche Bewirtschaftung der den anderen Genossen gehörenden Grundstücke entstehen, sowie an deren Nutzungen nimmt der Genosse nicht teil." Ein Antrag der unabhängigen Sozialdemokratie fordert, diese beiden Sätze zu streichen. Der Grund ist ersichtlich, man will damit der genossenschaftlichen Bearbeitung des Grund und Bodens die Wege öffnen. Es ist vorauszusehen, daß dieser Antrag bei den Parteien, die auf privatwirtschaftlichem Boden stehen, keinen Anklang finden wird.

Man wird der preußischen landwirtschaftlichen Verwaltung das Lob nicht vorenthalten können, daß sie in emsiger Arbeit die Agrarreform in Preußen zu fördern sucht. Sie beabsichtigt, möglich noch in diesem Jahre die gesetzliche Grundlage für diese Reform fertigzustellen. Den Vorwurf übereilter Gesetzmacherei wird man ihr und der Preußischen Landesversammlung in dieser Form nicht machen dürfen. Der zur Besprechung stehende Gesetzentwurf, wie seine Vorgänger sind im Ausschuß gründlich und sachlich besprochen worden, und Ausschuß und Landesversammlung glauben Arbeit geleistet zu haben, die der wirtschaftlichen Gesundung unserer Verhältnisse die Bahn ebnet.

## Deutsche Getreideversorgung.

Bis Mitte März sollen die Landwirte ihr Brotgetreide an die Reichsgetreidestelle abgeliefert haben. Sie sollen; ob sie es tun werden, bleibt abzuwarten. Zuckerbrot und Peitsche werden von den Landräten angewandt, um ein günstiges Ergebnis zu erzielen. Die seit Beginn des Januars in Kraft getretene Verordnung über die Prämienzahlung von dem Moment an, an dem 70 Prozent des Lieferungssolls erledigt sind, ist mit ihrem komplizierten Zahlungssystem wieder zum alten Eisen geworfen. Man macht die Sache einfacher. Für jede bis zum 15. März aus der letzten Ernte gelieferte Tonne Brotgetreide und Gerste wird ein Zuschlag von 300 ℳ gezahlt, der Erzeuger erhält statt 400 somit 700 ℳ pro Tonne. Das ist eine stattliche Erhöhung des vorher viel zu niedrig gewesenen Höchstpreises, wenn auch der dadurch erreichte Preis im Vergleich zu der im freien Verkehr für Hafer erlangten Werthöhe oder selbst zu dem für 1920—21 vorgeschlagenen Preise noch sehr bescheiden bleibt. Man wird daher auch abzuwarten haben, welche Wirkung auf den Umfang der Ablieferungen diese neue Variation der Prämienzahlung haben wird. Hat sie doch für viele Landwirte einen bitteren Beigeschmack. Nach der Bekanntgabe eines Landrates im Brandenburgischen werden von der Nachzahlung von 300 ℳ auf die bereits vorher gelieferten Getreidemengen diejenigen Prämien abgezogen, die bereits im September mit 150 ℳ, und in der ersten Hälfte des Oktober mit 75 ℳ für die derzeitige sogenannte Frühlieferung gezahlt wroden sind. Bestätigt sich dies, so müßte das als ein kaum glaublicher Mißgriff bezeichnet werden. Es wäre nicht nur ungerecht, denjenigen Landwirten, die auf Grund jenes Prämienversprechens im Herbst auf Kosten einer vielfach sogar verhängnisvoll gewordenen Verzögerung der Kartoffelernte und der Bestellarbeiten ihr Getreide abgeliefert hatten, jetzt die damalige Prämie abziehen und sie damit gleichstellen zu wollen mit denjenigen Erzeugern, die damals säumig gewesen waren, sondern es wäre auch eine äußerst unkluge Maßregel. Ist man schon seither allen diesen sogenannten Frühlieferungsprämien gegenüber in landwirtschaftlichen Kreisen mißtrauisch gewesen, so könnte sich diesmal eine erneute Diskreditierung bitter rächen. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß wir bei Beginn des kommenden Erntejahres von Vorräten vollkommen erschöpft sein werden, und daß schon während der Einheimsung selbst eine kräftige Frühlieferungsaktion einsetzen muß, wenn wir uns über die Uebergangszeit hinweghelfen wollen.

Dabei ist noch durchaus nicht vorauszusehen, ob es der Reichsgetreidestelle überhaupt gelingen wird, uns genügend Brot bis zur nächsten Ernte zu schaffen. Daß sich jetzt eine Ansammlung von Vorräten im Gange befindet, ist Tatsache; aber sie müssen noch für 5½ Monate reichen, und ob sie so groß werden, wird doch vielfach bezweifelt. Wo noch kleine Ergänzungen möglich sind, werden sie zu schaffen gesucht. So hören wir aus Süddeutschland, daß dort Brauereien, die 15 Prozent ihres Kontingents an Gerste erhalten haben, davon 5 Prozent zur Vermehrung des Brotgetreides herausgeben sollen. Die viel wichtigere Frage, ob und was wir an Brotstoffen vom Auslande erhalten werden, bleibt am schwersten zu beantworten. Bisher sind an Weizen nur kleinere Mengen durch holländische Vermittlung gekauft. Weitere Anschaffungen auf diesem Wege sind ebenso für Weizen wie Mais und Hülsenfrüchte zunächst durch den Hafenarbeiterstreik in Holland unterbunden.

Angesichts der ungenügenden Herbstbestellung, die man nur auf dreiviertel einer regelmäßigen Aussaat schätzt, und der ganz besonders großen Feldarbeiten, die für die Frühjahrsbestellung geblieben sind, ist es erfreulich, daß mit dieser schon seit einiger Zeit hat begonnen werden können. Man darf daher hoffen, daß die Frühjahrsaussaat in vollem Umfange erfolgen wird, muß aber angesichts der gewaltigen Preissteigerungen der künstlichen Düngemittel befürchten, daß der Landwirt mit diesen sparsamer umgehen wird, als es für die kommenden Erträge ratsam erscheint. Die frühere Annahme einer sehr großen Haferaussaat ist, da der Hafer unter denselben Preisen wie Brotgetreide unter die Zwangswirtschaft kommt, sehr unwahrscheinlich geworden, vielmehr dürfte der Ausgleich einer geringeren Herbstbestellung voraussichtlich durch ein starkes Anwachsen des Kartoffelbaues geschehen. Bekanntlich sollen die neuen Preise für Weizen 1100 ℳ, für Roggen, Gerste und Hafer 1000 ℳ, für Kartoffeln 500 ℳ betragen. Von Getreide ergibt der Hektar 1½ bis 2 Tonnen, von Kartoffeln mindestens 10 Tonnen, sodaß nach obigen Preisen der Hektar von Getreide etwa 2000 ℳ, von Kartoffeln 5000 ℳ ertragen würde. Natürlich erfordert der Kartoffelbau wesentlich mehr Arbeitskräfte, auch ist durch Fäulnis, Frost und Schwund mit einem gewissen Verlust an Kartoffeln zu rechnen. Immerhin wird dadurch jene Differenz bei weitem nicht ausgeglichen, und wo der Boden und die Fruchtfolge es gestatten, wird diesmal der Landwirt sicherlich Kartoffeln bauen.

## Lokales.

16. März.

### Baukostenabbürdung.

In der Zeitschrift für Wohnungswesen, Heft 24 vom 25. Dezember 1919, S. 563—566, untersucht Georg Hyer die Baukostenabbürdung.

Es besteht kein Zweifel, daß an Stelle des bisherigen Verfahrens zur Abminderung der heutigen Neubaukosten auf eine wirtschaftliche Höhe ein anderes Platz greifen muß. Auch daß die Aufbringung der Mittel aus allgemeinen Steuern ebenso wenig gangbar ist, wie es bei der steigenden Verteuerung und Geldentwertung möglich ist, das Ausmaß der Abminderung auf 30 bis 50 v. H. über die Friedensbaukosten zu legen, unterliegt keinem Zweifel. Die Mieten der Neubauten müssen dadurch höher werden und dem schließen sich ohne weiteres die Mieten in den alten Häusern an. Wir müssen auf eine dauernde Verteuerung von 100 v. H. gefaßt sein. Die Baukosten werden sich mit dem

sinkenden Markkurs immer mehr erhöhen, und wir können ein klares Bild hierüber nur bekommen, wenn wir die allgemeinen deutschen Produktionsverhältnisse mit in Betracht ziehen, worauf Verfasser näher eingeht; ebenso auf die Begrenzung der Zuschüsse. Müssen wir die Zuschüsse begrenzen, so müssen wir das Risiko übernahmefähig machen. Nur so können die gemeinnützigen Bauunternehmungen arbeiten, nur so kann auch die private Bauwirtschaft in Gang kommen und ein freier, gesunder Wettbewerb bei den Bauausführungen Platz greifen. Die Mittel müssen im Wege der privaten Wirtschaft aufgebracht werden, und das Reich hat lediglich die gesetzlichen Grundlagen für die Organisationsform des Privatkredits zu schaffen. Dazu hätten die von Heyer vorgeschlagenen Provinzialhausschaften (Stadtschaften) zu dienen, was eingehend besprochen wird. Weiter wird auf das Sinken der Preise und den Wettlauf um den höheren Preis, den höheren Lohn oder das höhere Gehalt eingegangen. Es sollte hierbei nicht heißen: Anpassung an die innerlich falsche Valuta, sondern: Anpassung an den wahren wirklichen Wert. In weiteren wirtschaftlichen Betrachtungen wird dafür eingetreten, die Ueberteuerung zunächst auf 100 v. H. anzunehmen. Aus den Vorschlägen des Verfassers geht hervor, daß durch deren Durchführung die sparsamste Wirtschaft zugunsten der deutschen Volkswirtschaft ermöglicht wird.

## Handelskammer.

In der Sitzung der Handelskammer zu Bielefeld am 2. März wurden u. a. folgende Gegenstände erledigt: Zum 2. Vorsitzenden der Kammer wird Herr Eduard Linneweh in Fa. Gebr. Uekermann, Brauerei zum Felsenkeller bei Herford, und zum 3. Vorsitzenden Herr Wilh. Modersohn, in Fa. Bielefelder Nähmaschinenfabrik Baer u. Rempel zu Bielefeld, gewählt. — Der Haushaltsplan der Handelskammer wird in Einnahme und Ausgabe auf 132 740 ℳ festgesetzt. An Handelskammerbeiträgen sollen für 1920/21 15 Prozent von der staatlich veranlagten Gewerbesteuer erhoben werden. — In den Kleinhandelsausschuß werden zugewählt: a) auf Vorschlag von Herrn Direktor Winkelhausen-Neuenkirchen die Herren: Hugo Brenken, Webwarenhändler, Wiedenbrück, und Karl Dannenbaum, Webwarenhändler, Rheda i. Westf.; b) auf Vorschlag von Herrn Ed. Linneweh, Brauerei zum Felsenkeller bei Herford, die Herren: Wilh. Dreseler, Eisenwarenhändler, Herford, Aug. Middelmann, Webwarenhändler, Herford, Chr. Röckemann, Lebensmittel- und Porzellanwarenhändler, Herford. — Die Kammer wählt als Vertreter für das von der Handelskammer zu Minden zu bestimmende ordentliche Mitglied im Wasserbeirat zu Münster i. Westf. ihren Vorsitzenden, Herrn Kommerzienrat Paul Delius. — Bezüglich der Fortführung des Mittelandkanals spricht sich die Kammer für den Bau der mittleren Linie aus. — Die Kammer beschließt, an den Reichskanzler sowie an das Auswärtige Amt ein Telegramm zu richten, worin neue Verhandlungen mit den Mächten der Entente wegen der Erhaltung der noch in deutschem Besitz befindlichen Handelsschiffe verlangt werden. — Aus dem Bericht über die Tätigkeit der Handelskammer seit der letzten Sitzung vom 9. Januar 1920 ist hervorzuheben: Nach den Ausführungsbestimmungen des Handelsministers vom 7. Juli 1917 zu der Bekanntmachung über den Handel mit Tabakwaren vom 28. Juni 1917 haben Antragsteller, die sich vor dem 1. April 1916 nicht oder nicht in dem zu gestattenden Umfange mit dem Tabakwarenhandel befaßt haben, das wirtschaftliche Bedürfnis eingehend zu begründen. Solchen Firmen und Personen soll nach einem weiteren Erlaß des Handelsministers vom 15. August 1917 die Erlaubnis nur in besonderen Ausnahmefällen und nur beim Vorhandensein eines unabweislichen Bedürfnisses erteilt werden. In letzter Zeit hatte die Kammer wiederholt zu entsprechenden Anträgen solcher Personen Stellung zu nehmen, bei denen die in vorstehendem bezeichneten Bedingungen nicht erfüllt waren. Die Kammer hat sich daher in diesen Fällen gegen die Erteilung der Handelserlaubnis ausgesprochen. Es handelte sich bei diesen Gesuchstellern aber meistens um solche, die früher als Angestellte in der Tabakwarenindustrie oder im Tabakwarenhandel tätig gewesen sind, ihre Stelle nach Rückkehr aus dem Felde nicht wieder erlangen konnten und jetzt den Tabakwarenhandel für eigene Rechnung oder provisionsweise betreiben möchten, um sich eine Existenz zu gründen. Die Kammer hat daher den Handelsminister um Mitteilung gebeten, ob es in den geschilderten Fällen mit den maßgeblichen Bestimmungen in Einklang zu bringen sei, wenn jemand zum Handel mit Tabakwaren deshalb zugelassen werde, weil für seine Zulassung aus persönlichen Gründen ein Bedürfnis vorliege. Der Handelsminister hat geantwortet, daß über die Frage der Abänderung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Handel mit Tabakwaren zur Zeit grundsätzliche Erwägungen schwebten, die noch nicht abgeschlossen wären. Mit Rücksicht hierauf empfehle er, eine Entschließung hinsichtlich der gegenwärtig der Kammer zur Begutachtung vorliegenden Anträge noch kurze Zeit hinauszuschieben. — Bei der Eisenbahndirektion Hannover hat die Kammer unterm 13. Februar 1920 die Schaffung einer Vormittagsverbindung von Altenbeken nach Hannover beantragt. Inzwischen ist diesem Wunsche Rechnung getragen worden durch Wiedereinlegung des Personenzuges 505 W. (Altenbeken ab 9,27 Uhr vorm., Hannover an 12,42 Uhr nachm.).

p. **Betrug.** Wegen Betruges wurde ein Pferdehändler aus Melbergen zur Anzeige gebracht, weil er ein Pferd für 3000 ℳ an einem hiesigen Pferdehändler verkauft, aber anstatt das Pferd an den Käufer abzuliefern, es an einen anderen weiter verkauft hat.

p. **Beschlagnahmtes Nähgarn.** Beschlagnahmt wurde auf dem hiesigen Wochenmarkt bei einem Händler aus Bochum ein großer Posten Nähgarn, das er für den doppelten Preis verkaufte.

p. **Schwarzschlachtung.** Beschlagnahmt wurde bei dem Sohne des Bäckermeisters W. Credenstraße ein schwarzgeschlachtetes Kalb.

(Fortsetzung im zweiten Blatt)

## Der erste Prozeß Deutgen.

### Der Zigarrendiebstahl in Lübbecke.

cr. **Bielefeld**, 10. März.

Auf der Anklagebank der Strafkammer erschienen drei im Alter von etwa 20 Jahren stehende Burschen, nämlich der Anstreicher Emil Spilker, der Fabrikarbeiter Heinrich Grabenkamp und der Arbeiter Paul Schuster von Herford. Es handelte sich bei ihnen um zwei Einbruchsdiebstähle in die Zigarrenfabrik von Blase zu Lübbecke. Nach ihrem Geständnisse hat Spilker mit dem aus Gehlenbeck stammenden Grabenkamp in der Nacht zum 7. November v. Js. den ersten verabredeten Diebstahl ausgeführt. Während Spilker Schmiere stand, ist Gr., der dort die Hausgelegenheit kannte, eingestiegen und hat aus dem Lagerraume 1400 Zigarren, die in Paketen verpackt waren, gestohlen. Diese Zigarren hat Spilker am folgenden Tage an den in Herford wohnenden Gastwirt Dönnhoff zum Preise von 1140 verkauft. Nach seiner Darstellung hat er die Zigarren jedesmal in kleineren Posten dorthin geschafft und dabei erklärt, daß er Zigarrenarbeiter sei und die Zigarren selber anfertige.

Nachdem die beiden Burschen die Zigarren an den Mann gebracht hatten, haben sie zehn Tage darauf in gleicher Weise wiederum einen Einbruchsdiebstahl bei der Firma Blase ausgeführt. An diesem Diebstahle hat auch Schuster, den sie dazu überredet hatten, teilgenommen. Zu diesem 2. Diebsthle sollen sie von dem Photographen Carl Müller von Herford und dem Stadtverordneten Deutgen von Herford breitgeschlagen worden sein. Wie Müller selber zugeben mußte, haben Müller und Deutgen die gestohlenen Zigarren unmittelbar nach dem Diebstahl von den Burschen in Empfang genommen und mit einem eigens dazu mitgebrachten Schlitten noch in derselben Nacht von Lübbecke nach Herford gebracht. Es handelte sich um 8500 Zigarren in verschiedenen Sorten, von denen Deutgen 3500 Stück zum Preise von 3097 ℳ an den Gastwirt Johannes Büse in Herford verkauft hat. Von diesem Erlös hat Müller 1000 ℳ erhalten. Der Rest der gestohlenen Zigarren ist bis auf 700 Stück in der Wohnung von Deutgen vorgefunden worden. Nach der Darstellung von Büse, der sich wegen Hehlerei zu verteidigen hatte, hat Deutgen, als er ihm die Zigarren anbot, davon gesprochen, daß er die Zigarren schon früher erstanden hätte und dieselben jetzt abstoßen müsse, weil er Geld nötig habe. Bei der Persönlichkeit des Deutgen, der Stadtverordneter von Herford gewesen und öffentliche Ehrenämter bekleidet habe, haber er keine Bedenken gehabt, den redlichen Erwerb der Zigarren zu bezweifeln.

Wie aus der Verhandlung hervorging, befindet sich Deutgen zurzeit zur Beobachtung auf seinen Geisteszustand in einer Irrenanstalt und konnte deshalb heute nicht gegen ihn verhandelt werden.

Der Gerichtshof hielt bei Spilker und Grabenkamp zwei schwere Diebstähle und bei Schuster einen schweren Diebstahl für festgestellt und erkannte gegen Spielker auf 8 Monate und gegen die beiden andern unter Berücksichtigung ihres Vorlebens auf je 1 Jahr Gefängnis. Müller erhielt in anbetracht seines Strafregisters wegen Hehlerei 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis. Allen Verurteilten wurden 3 Monate von der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht. Der Gerichtshof hielt Büse und Bönnhoff der Hehlerei für nicht schuldig und erkannte dem Antrag der Staatsanwaltschaft entsprechend auf deren Freisprechung.

**Unsere heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.**

Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Schaller; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

## Bekanntmachung.

Die städtischen Behörden haben auf Grund des § 6 des Ortsstatuts vom 17. Juni 1908 betr. die Abfuhr des Hausmülls in der Stadt Herford in der veränderten Fassung, wie sie von den städtischen Körperschaften beschlossen und vom Bezirks-Ausschuß in Minden am 4. März 1920 genehmigt ist, die Gebühren für die Abfuhr des Hausmülls bei Benutzung eines Gefäßes von 25 Liter Inhalt auf 40 ℳ und von 40 Liter Inhalt auf 60 ℳ für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 festgesetzt.

Vorstehender Beschluß wird hiermit unter Hinweis auf die Bestimmung des § 9 Abs. 3 des K. A. G. vom 14. Juli 1893 zur öffentlichen Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß der Plan der Veranstaltung nebst einem Nachweis der Kosten zur allgemeinen Einsichtnahme vom 16. ds. Mts. bis zum 13. April 1920 im Rathaus, Zimmer 87, offen liegt.

Einwendungen gegen die Erhebung der Gebühren in der angenommenen Höhe für die Abfuhr des Hausmülls sind in der Zeit vom 16. d. Mts. bis 13. April 1920 bei dem Magistrat anzubringen und zwar entweder schriftlich oder durch protokollarische Erklärung im Rathaus, Zimmer 87.

Herford, den 10. März 1920.

**Der Magistrat.**

## Bekanntmachung.

Aenderung des § 6 des Ortsstatuts, betr. die Abfuhr des Hausmülls in der Stadt Herford vom 17. Juni 1908.

Der Magistrat hat am 3. Februar d. Js. und die Stadtverordnetenversammlung vom 13. Februar ds. Js. beschlossen, dem § 6 des genannten Ortsstatuts folgende veränderte Fassung zu geben:

§ 6 Für die von der Stadtgemeinde übernommene Abfuhr des Hausmülls werden Gebühren erhoben, deren Festsetzung durch Beschlußfassung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung und mit Genehmigung des Bezirks-Ausschusses in Minden regelmäßig auf die Dauer eines Jahres, erstmalig am 1. April 1920, erfolgt.

Die Gebühren sind von den Grundstückseigentümern zu tragen und werden von diesen eingezogen.

Die Aenderung des § 6 ist vom Bezirks-Ausschuß in Minden am 4. März 1920 unter B. 100—20/1 gnehmigt worden.

Herford, den 11. März 1920.

**Der Magistrat.**

## Bekanntmachung.

Die städtischen Behörden haben auf Grund des § 4 des Ortsstatuts vom 22. Juli 1904, betr. die Uebernahme der Straßenreinigung durch die städtische Verwaltung in der veränderten Fassung, wie sie von den städtischen Körperschaften beschlossen und vom Bezirks-Ausschuß in Minden vom 2. März 1920 genehmigt ist, den von den Anliegern jährlich für Reinigung eines Quadratmeter Straßenfläche zu zahlenden Betrag von 52 ₰ auf 1,50 ℳ, zu welcher Summe die Stadt einen Zuschuß von 38 ₰ leistet, erhöht. Diese Erhöhung soll zunächst für 1 Jahr, vom 1. April 1920 — 31. März 1921 gültig sein.

Vorstehender Beschluß wird hiermit unter Hinweis auf die Bestimmung des § 9 Abs. 3 des K. A. G. vom 14. Juli 1893 zur öffentlichen Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß der Plan der Veranstaltung nebst einem Nachweise der Kosten zur allgemeinen Einsichtnahme vom 16. ds. Mts. bis zum 13. April 1920 im Rathaus, Zimmer 87, offen liegt.

Einwendungen gegen die Erhebung der erhöhten Beiträge sind in der Zeit vom 16. ds. Mts. bis zum 13. April 1920 bei dem Magistrat anzubringen und zwar entweder schriftlich oder durch protokollarische Erklärung im Rathaus, Zimmer Nr. 87.

Herford, den 10. März 1920.

**Der Magistrat.**

## Sechstes Abonnementskonzert.

Das sechste und letzte Abonnementskonzert am Freitag fand im großen Saale des Schützenhofes statt, der, obwohl er ein Vielfaches des Brinkmann'schen Saales faßt, fast ganz besetzt war. Der Abend hat den Beweis erbracht, daß der Schützenhofsaal den Anforderungen, die das gut entwickelte Herforder Musikleben an einen Konzertsaal stellen kann, weit besser entspricht als der Brinkmann'sche Saal. Man muß die ästhetische Seite der Saalfrage, die dekorative Ausgestaltung zunächst einmal ganz außer Acht lassen. Allerdings bietet der Schützenhof vorläufig keinen besonders anheimelnden Aufenthalt. Gewiß ist es ein höherer Genuß, in einem stilvollen Raume den Offenbarungen der Meister der Töne zu lauschen. Aber es muß doch auch andererseits ausgesprochen werden: im Wesen des musikalischen Genusses liegt es durchaus nicht notwendig begründet, daß er nur an Oertlichkeiten, die bestimmte ästhetische Voraussetzungen erfüllen, gebunden sei. Das Ueberräumlich-überzeitliche, schlechthin das Uebersinnliche der Musik, vor allem der Instrumentalmusik setzt gerade über die materielle Umwelt hinweg oder erstrebt es doch. Das hat man am Freitagabend wieder einmal recht innerlich erleben können. Auf einem andern Blatte steht die physikalische Voraussetzung, und in der durchaus notwendigen Voraussetzung der akustischen Eignung hat der Saal keineswegs versagt. Im Gegenteil kann die erfreuliche Tatsache festgestellt werden, daß der Saal auch hinsichtlich der Klangwirkung weit besser für große Konzerte geeignet ist. Unbestreitbar gilt das von der vollen Orchesterwirkung, die im Brinkmann'schen Saale sich nicht recht entfalten konnte. Ob auch die Pianissimi im Streichkörper oder die Solostellen (z. B. der 1. Violine) zu rechter Geltung kamen, kann bezweifelt werden. Das wird an dem Gesamtergebnis nichts ändern. Vielleicht läßt sich im Laufe der Zeit noch ausprobieren, wie der Resonanz des Saales im Einzelnen durch technische Vorrichtungen nachzuhelfen wäre, und wenn dann der Saal in hoffentlich nicht zu ferner Zeit einmal einer seinem Zweck entsprechenden Erneuerung unterworfen wird, kann unseres Erachtens das Herforder Musikpublikum mit dieser den Zeitverhältnissen entsprechend noch günstigen Lösung der Saalfrage vorläufig zufrieden sein.

Nun zu dem Konzert selbst. Dirigent und Orchestermitglieder haben die erhöhte Ellenbogenfreiheit auf der leidlich geräumigen Bühne sicherlich angenehm empfunden, stand sie doch in wohltuendem Gegensatz zu der drangvollfürchterlichen Enge im Brinkmann'schen Saal, dessen Geeignetheit für kleinere Konzerte (Kammermusikabende usw.) gewiß nicht bestritten werden soll. Das Orchester war ziemlich reichlich besetzt: 12 erste Violinen, 10 zweite Violinen, 8 Bratschen, 6 Celli, 5 Bässe und die sonst übliche Zahl der einzelnen Bläsergattungen, insgesamt 65 Musiker. Das besondere Programm — Bruckner, Strauß, Wagner, alle drei heißumstrittene Größen — erforderte diese verstärkte Zahl. Den ersten Teil des Abends füllte die 4. Symphonie von Anton Bruckner aus. Dieser große Symphoniker ist erst im reifen Mannesalter als Tondichter hervorgetreten, dann aber auch als vollkommener Meister mit Beethoven'scher Wucht und Größe. Den neun Symphonien steht seine Kirchenmusik gleichwertig zur Seite. Der vierten Symphonie hat man den Namen „Romantische" gegeben. Man darf aber die „Romantik" Bruckners nicht mit dem sonst üblichen Begriff der Romantik gleichstellen, denn gerade bei ihm bedeutet sie Ungekünsteltheit. Aus tiefer und wahrer Naturempfindung heraus ist die vierte Symphonie Anton Bruckners entstanden und mit unerschöpflicher Erfindungsgabe hat er sie gestaltet, man denke nur an den dritten Satz (Scherzo), der dem einigermaßen phantasiebegabten Hörer die Vorstellung einer mittelalterlichen Jagd unmittelbar nahelegt. Das stark besetzte Orchester gab die Symphonie unter der zielbewußten Leitung Friedrich Quests, der die tondichterischen Intentionen des Meisters Bruckner restlos erfaßt hatte, mit voller geistiger Anteilnahme und gutem technischem Können. Die dynamischen Feinheiten kamen wohlgelungen heraus. Die Symphonie wurde in allen einzelnen Phasen mit der lebhaftesten Aufmerksamkeit aufgenommen und am Schluß erklang starker Beifall.

Auf Bruckner folgte ein ganz anders Gearteter, der am meisten umstrittene Komponist unserer Tage, Richard Strauß, mit seiner symphonischen Dichtung „Don Juan". Der vielseitige Tonsetzer zeigt sich in diesem Werke (1889 entstanden) zum ersten Male als der eigentliche „moderne Strauß" und zwar von einer durchaus nicht ungünstigen Seite. Mit glänzender Technik und heißem sinnlichem Empfinden ist das Werk instrumentiert, und daß der „Don Juan" auch an echtem musikalischem Gehalt reich ist, werden auch Strauß' Gegner anerkennen müssen. Die Wiedergabe stand auf der gleichen Höhe wie die der Bruckner'schen Symphonie. Sie war in jeder Hinsicht vorzüglich, schwungvoll in der Gesamtauffassung und fein ausgearbeitet in den einzelnen Stimmungen und Charakterzügen. Den Abschluß des Konzerts bildete das „Meistersingervorspiel" von Rich. Wagner. Die tiefsten und bleibendsten Eindrücke des Abends hat wohl die Symphonie von Bruckner hinterlassen.

An das Konzert schloß sich ein probeweiser Gesang des „Gloria" aus Beethovens „Missa solemnis" durch den Chor des Musikvereins, um auch die akustische Wirkung von Chören zu erproben. Unseres Erachtens bestätigte der Erfolg das eingangs Dargelegte.

Sch.